

# Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königl. Bezirksgerichts und des Rathes der Stadt Leipzig.

Nº 168.

Sonnabend den 17. Juni.

Ausgabe 9000.

Abonnementpreis  
Wochentlich 1 Thlr. 7/8 Rgt.,  
incl. Bringerlohn 1 Thlr. 10 Rgt.  
Inserate  
die Spalte 1 1/4 Rgt.  
Reklame unter d. Redaktionsschau  
die Spalte 2 Rgt.  
Filiale  
Otto Klemm,  
Universitätsstraße 22,  
Local-Comptoir Hainstraße 21.

1871.

## Zur gesälligen Beachtung.

Eine Expedition ist morgen  
Sonntag den 18. Juni nur Vormittags bis 12 Uhr

### Expedition des Leipziger Tageblattes.

#### Feldverpachtung.

Die dem biesigen Johannishospitale gehörigen, in Leipziger Stadtlust gelegenen **Feldparzellen**, Nr. 2468 von 7 Ader 8 □ R. Glädeninhalt, am Döhlener Wege beim Bayerischen Bahnhofe, Nr. 2501a von 4 Ader 51 □ R. Glädeninhalt, am s. g. Dreiecksweg zwischen der Connewitzer Chaussee und der Sächsisch-Bayerischen Eisenbahn,

Dienstag den 20. dieses Monats Vormittag 11 Uhr

aus die neu Jahr 1872 bis mit 1880 andweit an die Meissbietenden verpachtet werden.

Die Belehrungs- und Verpachtungsbedingungen, so wie der betreffende Situationsplan können

schon vor dem Termine eingesehen werden.

Leipzig, den 5. Juni 1871.

Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. E. Stephani. Secr.

### Gesellliche Verhandlungen der Stadtverordneten

vom 7. Juni 1871.

(Gesund des Protokolls bearbeitet u. veröffentlicht.)

Der Vorsteher Dir. Näser theilte zunächst mit, daß die königl. Kreisdirection auf den vom Rath erfassten Bericht zu dem Verkaufe der Parzelle 16 an der Waldstraße an den Restaurateur Peter Grau für den Kaufpreis von 1 Thlr. per Elle in Gemäßheit §. 33 der St.-O. Genehmigung ertheilt hat.

Es benedete hierbei.

Die Einladung zur Einführung der Gerichtsliche Herren Mannschaft und Weise ge zum Vortrag und wird die Bezeichnung des Gegenstands bei Einführung des Vorlesens angezeigt werden.

Der verstorbene Vicecastrer der Sparcasse, Herr Japp und dessen Ehegattin haben in einem gegenwärtigen Testamente das bische Waisenhaus oder in dessen Stelle etwa getretene Waisenverpflegung zum Nachberben des dritten Theils des Hochstifts des Überlebenden für den Fall eingesetzt, daß der überlebende Ehegatte nicht in das St. Johannisstift eintreten sollte.

Der Rath hat diese eventuelle Erbanspruchsvorstellung und bewendet es hierbei.

Eine Eingabe des Herrn Dr. Whistling wünscht, daß das Corpscommando Namens der Stadt Leipzig gebeten werden, dem Schützenregiment Nr. 108 einen Rafttag in Leipzig zu gewähren, in dieser modernen Truppe die Ehren der Gastlichkeit ausgiebig erweitern zu können.

Es wurde beschlossen, dieselbe 8 Tage auf dem Bureau anzulegen.

Vom Herren Stadtverordneten Dr. med. Schulze ist das motivierte Ersuchen gestellt worden, beim Rath zu beantragen, daß die Filialen der Sparcasse ermächtigt werden, fünfzig Abfindungen des Sparcassens und an die Centralstelle zu vermitteln.

Der Herr Vorsteher schlug vor, die Eingabe bei Beratung des heute in dieser Beziehung auf der Tagesordnung stehenden Gegenstands event. mit in Berücksichtigung zu ziehen.

Die Rathauszeitung über Ernennung des Herrn C. Claus zum ständigen Lehrer wurde mitgetheilt und wird in nächster nicht öffentlichen Sitzung hierüber berathen werden.

Vor dem Eintritt in die Tagesordnung theilte Herr Krause mit, daß im Rosenthal viele dürre Pflanzen in den Wegen liegen und zu befürchten siehe, daß weitere trockne Pflanzen herabfallen würden. Hierauf wolle er den Ausschuß zum Rosenthal wünschen machen.

Der Tagesordnung übergehend berichtete Herr Fleischhauer Namens des Bauausschusses über die Beschlüsse des Rathes:

1) Herrn Andreas Gerth als Höchstbietenden auf den Bauplatz Nr. 7 an der Blücherstraße (5160 Thlr.) den Auftrag zu ertheilen,

2) Demselben auch einen neben dem Areal des Herrn Kaufmann Fritzsche an der Berliner Straße gelegenen Platz für den Kaufpreis von 2 Thlr. 10 Rgt. per Elle aus freier Hand zu verkaufen.

Beide Beschlüsse waren vom Ausschuß zur Genehmigung empfohlen worden.

Der Herr Vorsteher theilte hierzu mit, daß

gerne zurückstehen möchte; hierüber Beschluss zu fassen, sei indessen zunächst Sache des Rathes.

Herr Friedler gab dahin Auskunft, daß für die zweite Parzelle, wie er erfahren, ein höherer Kaufpreis erzielt werden könnte. Deshalb würde er gegen den Verkauf stimmen.

Dies hielt der Herr Referent für keinen Grund, von dem gesuchten Beschuß abzugehen.

Ad 1 stand der Ausschusstantrag einstimmig, ad 2 gegen 5 Stimmen Annahme.

Weiter referierte Herr Fleischhauer über eine Rathausordnung, in welcher die Stadtverordneten um Errichtung ihrer Zustimmung zu einem Mehraufwand von 119 Thlr. 27 Rgt. für den Aufzug im neuen Krankenhaus ersucht werden. Die Stadtverordneten hatten früher geglaubt, daß dieser Aufzug für 785 Thlr. herzuzeigen sei. Auf nochmalige Ausführungen waren drei Antritte eingegangen, von welchen die billigste 859 Thlr. 27 Rgt. verlangt. Daher die Nachforderung. Der Rath sagt hierbei, daß dieses Ergebnis der Ausschreibung sich vielleicht anders gestaltet hätte, wenn es einem der von den Stadtverordneten zugewogenen Sachverständigen genähert wäre, sich bei der Bewerbung zu beteiligen. Obwohl der Ausschuß die Ansichten des Rathes nicht überall als zutreffend erachtete, empfahl er doch, die Nachforderung von 119 Thlr. 27 Rgt. zu genehmigen.

Herr Götz constatierte, daß eine Ersparniß jetzt erzielt sei. Er lasse dahin gestellt sein, ob der Hinweis des Rathes auf seine Person im Rathausreferenten passend sei. Er habe sich nicht beworben, weil das Programm genau so, wie früher gewesen wäre und an Stelle eines solchen Programms sei es zweckmäßiger gewesen, dem Hersteller vollständig freie Hand zu lassen.

Dieselbe Ansicht vertrat Herr Krause und der Herr Referent, und wurde hierauf der Ausschusstantrag einstimmig angenommen.

Ein weiterer Bericht derselben Referenten betraf das vom Colleg zur Errichtung von Wohnungen für Arbeiterwitten gestellten Anträge auf Anbringung von Schornsteinen in die an der Hinterseite des Gebäudes gelegenen Kammern, — welchem Antrag der Rath entsprechen wird, — und auf Anbringung einer Drainagevorrichtung statt Höhelegung des Gebäudes um 1 Elle. Der Rath erklärt nun, daß es sich nicht um Oberwasser, sondern um das durch das Anschwellen des Flusses verursachte Durchwasser hande, und dieses sei nicht durch Drainage zu beseitigen. Das einzige Mittel sei das Herausmauern des Gebäudes und deshalb müsse er den Antrag des Colleges ablehnen.

Der Ausschuß empfahl nach diesen Erklärungen dem Collegium, den früher gestellten Antrag fallen zu lassen, was einstimmig geschah.

Herr Fleischhauer berichtete weiter Namens des Bauausschusses über eine Mehrförderung des Rathes von 14.654 Thlr. 17 Rgt. 2 Pf. die sich A. für die Desinfectionseinrichtung, C. für die Ventilation und Kaloriferenanlage, D. für Dampfeinrichtungen und E. für Gasleitung notwendig macht. Dagegen will der Rath jetzt B. anstatt der früher verwilligten Schleuse dritter Classe (3150 Thlr.) eine 104 Ellen lange Tonrohrlleitung mit dem Aufwande von 314 Thlr. herstellen lassen und bittet hierzu um Zustimmung. Hierbei wiederholt der Rath, daß die bei dem Bau gemachten Erfahrungen durch obigen Mehrbetrag nicht erholpt werden.

Der Herr Referent führt an:

**Bu A. Desinfectionseinrichtung:**

Bei dem Umstände, daß bereits zum dritten Male und zwar diesmal eine so bedeutende Mehrforderung für einzelne Theile des Johannishospitals

kommt an uns herantritt, konnte der Hinweis des Rathes darauf, daß dadurch die s. B. ausgeworfene Baumsumme noch nicht ganz würde erreicht werden, nicht von wesentlichem Einfluß auf die Vorschläge Ihres Ausschusses sein. Einmal ist der Bau damit noch nicht fertig und kann die Rechnung noch nicht abgeschlossen werden, und dann hätte man sich wohl mit Recht der Erwartung hingeben dürfen, daß an der gewiß überaus reichlich budgetierten Baumsumme von 373.643 Thlr. werde sehr bedeutend erprob werden. Da augenscheinlich bei diesem Bau, gegenüber dem eigentlichen Bedürfnis, die architektonischen und sonstigen Rücksichten allzulehr in den Vordergrund getreten sind, glaubte der Bauausschuß, daß weitere Bewilligungen lediglich durch Notwendigkeit oder besondere Zweckmäßigkeit ihre Rechtfertigung finden könnten und sind darin nach dieser Richtung auch hinsichtlich der Desinfectionseinrichtung die sorgfältigsten Erörterungen ange stellt worden.

Obgleich nun die Desinfection der Aborte ic. in dieser Anstalt, für nicht frische Personen, nicht unbedingt geboten erscheint und obgleich hierzu bei dem System längere Erfahrungen nicht vorliegen, hat sich doch dasselbe anderwärts erprobt und bietet so viele unerhörbare Vortheile für die Anstalt und auch für den nächsten Stadtheil, daß man dasselbe auch bei wesentlich höheren Kosten nicht fallen lassen soll. Bei allen über die Einrichtungen bei den biesigen Vororten ic. laut gewordenen Klagen hat sich herausgestellt, daß dieselben zum Theil unbegründet oder darauf zurückzuführen sind, daß das für die Personenzahl nötige Quantum an Desinfectionsmasse nicht zur Verwendung gekommen ist. Die jetzige Ueberschreitung des Anschlags kann überhaupt nicht aufzuzeigen den Unternehmern zur Last gelegt werden, weil inzwischen wesentliche Verbesserungen erkant und danach Umbauten bevestigt wurden, die zum Theil streng genommen das System nicht einmal berühren. Man will jetzt z. B. auch das Röhrennetz erweitern und bis in den Garten erstrecken, was der Ausschuß für ganz überflüssig hält und deshalb (gegen 1 Stimme)

1) "die Ablehnung der dafür geforderten 300 Thlr." vorschlägt.

Auch ohne den Kanal, welcher die Nöthe aufnehmen soll, für den allein die Hälfte des geforderten Postulats, 4000 Thlr. ausgeworfen ist, läßt sich die Desinfection ausführen. Derselbe ist nur projectirt, um immerhin vorkommende Reparaturen am Röhrennetz zu erleichtern und die Anstalt gegen jede daraus entstehende Betriebsstörung sicher zu stellen. Deshalb erscheint dessen Anlage höchst zweckmäßig; überdies läßt sich der selbe süßig von gewöhnlichen Backsteinen für die Kosten einer Schleuse dritter Classe herstellen und wird empfohlen — einstimmig —

2) für dessen Herstellung nur 2500 Thlr. zu verwilligen und den Rath zu ersuchen, für diese Arbeit Submission auszuschreiben."

Die Ueberbauung der Klärbassins hält man auch für durchaus geboten. Von einer Seite wurde es für wünschenswert erachtet, mit dieser Anlage nicht den herrschenden Vororten zu zerstreuen und die Bassins auf die andere Seite in die südliche Ecke des Wirtschaftshofes neben die Ställe zu verlegen, weil von dort aus der ganze Betrieb besser überwacht werden könnte und durch Entfernung einer Mauer die Kosten sich vermindern würden. Dem aber wurde entgegengehalten, daß der betr. Platz bereits für ein anderes Gebäude bestimmt sei und ein auf die Verlegung gestellter Antrag abgelehnt.

Der Ausschuß schlägt demnach einstimmig vor:

3) "die mit 2066 Thlr. veranschlagten Kosten zu genehmigen"

und auch hier den Rath zu ersuchen

für Herstellung der Arbeiten Submission auszuschreiben."

Die Erhöhung der für die Closets angegebenen Preise von 21 Thlr. 29 Rgt. 5 Pf. auf 35 Thlr. ist mit der veränderten Construction u. s. w. erklärt. Obgleich der letztere Preis bei dem Krankenhaus zur Berechnung gelommen ist, glaubt man doch, daß sich dieselben billiger würden beschaffen lassen und schlägt einstimmig vor,

4) "wir die Herstellung dieser Arbeiten zu genehmigen",

aber beim Rath zu beantragen,

dass für Beschaffung dieser Arbeiten Submission ausgeschrieben wird."

Die sich bis auf die Pferde- und Schweinställe erstreckende Drainirung der Ökonomiegebäude hält man nicht für nötig, ist überhaupt nicht dafür, daß sich dort eine derartige Wirtschaft entfalte und die Verwaltung in Anspruch nehme. Man beschloß daher

5) die Ablehnung der 1290 Thlr. dem Collegium anzuempfehlen."

**Ad A.**  
Herr Krause erklärte sich gegen den Ausschussvorschlag, da die Desinfection nicht nothwendig sei in einem derartigen Gebäude und ein einfaches Grubensystem den Vorzug verdiente.

Auch Herr Götz sprach sich gegen den Ausschussvorschlag aus, obgleich er durchaus nicht prinzipieller Gegner des Sauerländer Desinfectionssystems sei. Er habe bei einer Besichtigung im Neuen Krankenhaus gefunden, daß dieses System anscheinend viel Vorzüglich habe, aber er halte an der Ansicht fest, daß es bis jetzt noch nicht erprobt sei. Die Kosten dafür seien sehr hoch, sowohl in der Anlage wie im Betriebe, und eine Bewertung der Vortheile werde kaum eintreten. Seiner Meinung nach würden sehr bald bedeutende Reparaturen an Nöthen, Closets und Mauern verlängt werden. Die mangelhaften Anschläge der Herren Huch & Röber seien höchst aufwändig und die Anlegung eines Kanals erscheine ihm ganz überflüssig. Es sei eine üble Praxis, niedrige Anschläge zu machen, und sodann, wenn auf Grund derselben die Arbeit übertragen sei, mit bedeutenden Nachforderungen an den Tag zu treten. Der jährliche Betrieb würde sicher 1200 Thlr. kosten und wenn für ein Krankenhaus das System wünschenswert sei, so liege doch kein Grund vor, eine derartige kostspielige Anlage im Johannishospital zu machen. Er hält es für übertrieben, die große Summe für einen Versuch zu veranschlagen, und beantragt, den Rath zu erlauben, die veranschlagte Privileieinrichtung zur Ausführung zu bringen. Eine solche Einrichtung lasse sich sehr wohl möglichst geruchlos herstellen.

Herr Dr. Kühl entgegnete, daß allerdings das System noch nicht vollständig erprobt sei, aber seit 6 Jahren sitzt im Buchthalen in Halle bewährt habe. Reparaturen hätten aber dort nach der Sicherung des Technicus sich nicht nothwendig gemacht und derselbe habe auch versichert, daß die Vortheile stets enthalten. Vor Allem sei hierbei zu berücksichtigen, daß auch Birkow dieses System sehr empfiehlt und Experimente müssen eben an großen Anhalten gemacht werden. Der Bauausschuß habe sehr vorsichtig geprüft und aus der Desinfection erwähnte einem ganzen Stadthilf Vortheil. Wenn in den Militärbaracken ein übler Geruch gezeigt habe, so habe dies keinen Grund darin, daß eine nicht genügende Desinfectionsmasse eingebracht sei und ungebriges in die Bassins gebracht worden wäre. Bei richtiger Handhabung des Systems empfiehlt sich dasselbe sicher als ein guter. Darüber, daß die Anlage mangelhaft gewesen, habe auch der Ausschuß sich möglicherweise ausgesprochen und sich vorbehalten, in dieser Beziehung weitere Anträge zu stellen.

Der Herr Referent bestätigte diese Ans- und Ausschreibungen und war der Ansicht, daß man bei diesem System jedenfalls über das Experiment hinaus sei. Der Spruch: Das Bessere sei der Feind des Guten, beweist sich auch hier; sollte man wegen später möglicher Verbesserungen das jetzt Vertragende von der Hand weisen, so würde man nie zu etwas kommen, und wenn nicht jetzt, lasse sich später eine derartige Einrichtung gar nicht treffen. Es sei sehr wünschenswert, daß das System auszuführen.

Auf letzteres Bezug nehmend erklärte Herr Götz, daß die Einführung des Systems deshalb noch nicht nothwendig wäre. Daß die abschließende Desinfectionswasser noch ganze Stadtheile desinfectieren sollen, sei nicht wahr, da chemisch festgestellt wäre, daß die Wässer keine Desinfectionsmasse mehr enthalten; auch habe er die late Ueberzeugung, daß bedeutende Reparaturen sich bald nothwendig machen würden. Zu bedenken gebe er, daß für den Fall, daß der mit der Desinfection betraute Arbeiter nachlässig sei oder erkrante, große Unzuträglichkeiten entstehen würden. Aber jedenfalls seien die Anlagen viel zu theuer.

Herr Dr. Kühl entgegnete, daß er selbst freie Corbolsäure in dem abschließenden Wasser gesehen habe und diese wirke desinfizirend. Hier handle es sich um eine sanitäre Maßregel, die einst der ganzen Stadt zu Gute kommen könne.

Auch Herr Dr. Schmidt befürwortete den Ausschussvorschlag, obwohl er den Herren Huch & Röber kein Antrecht auf Ausführung der Arbeit zugestehen könne. Er habe sich mit dieser Frage vielfach beschäftigt, und sei zu der Ueberzeugung gelangt, daß das Sauerländer System sehr gut sei. Deshalb halte er hier das Spartheitsprinzip nicht für richtig, um so mehr da in jüngerer Zeit bei den oft auftretenden großen Epidemien die Frage über das Nothwendige und Wünschenswerte sich schwer trennen lasse. Ueberdies würde der Steuerzahler mit diesen Ausgaben nicht treffen, da die reichen Mittel der Stiftung alljährlich einen Ueberfluss sehr wohl mit Einführung des Systems weitere Versuche machen könne. In Halle habe sich das System nach 6jährigem Betriebe nach den Versicherungen der Beamten bemüht,